

An den Vorsitzenden des Untersuchungsausschuss 7/3,
Herr Raymond Walk

Antrag der Mitglieder des Untersuchungsausschusses aus den Fraktionen DIE LINKE., SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 14 UAG

Hier: Aktenvorlage: Verfahren in Zusammenhang mit der extremen Rechten

Die Thüringer Landesregierung, insbesondere das Innenministerium, das Landeskriminalamt,
sowie alle nachgelagerte Institutionen, werden ersucht dem Untersuchungsausschuss 7/3 zu
Ziffer I Nr. 1 bis 11, sowie 13 des Einsetzungsbeschlusses gemäß § 14 UAG,

sämtliche Unterlagen und Akten, zu Straf- und Ermittlungsverfahren die im Bereich der
politisch motivierten Kriminalität in Thüringen seit 2018 geführt werden,

vorzulegen.

Begründung:

Gemäß des Untersuchungsauftrags ist durch den Untersuchungsausschuss 7/3 zu klären, wie
sich politisch motivierte Kriminalität in Thüringen im Untersuchungszeitraum entwickelt hat und
wie diese Entwicklungen durch Thüringer Behörden bewertet und erfasst wurde.

In der zuletzt vorgestellten Statistik zu politisch motivierten Gewalt ist eine enorme Zunahme
an Fällen im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – nicht zuzuordnen“ zu verzeichnen, die
seitens des Landeskriminalamts auf die für Wahljahre typischen Straftaten, sowie auf Vorfälle
mit Bezug zum den Corona-Maßnahmen zurückgeführt wurden. Hier ist also schon aus der
öffentlich kommunizierten Stellungnahme ein Problem in der Erfassung und Bewertung dieser
Straftaten zu erkennen.

Da der Bezug zu den Corona-Maßnahmen auch für das Jahr 2020 relevant ist und auch das
Jahr 2019 ein Wahljahr in Thüringen war, müssen für einen sinnvollen Vergleich die Akten bis
einschließlich 2018 herangezogen werden.

Katharina König-Preuss

Denny Möller

Madeleine Henfling

Christian Schaft

Sascha Bilay